

Die Volksstimme  
erscheint täglich mit Ausnahme  
der Tage nach Sonn- und  
Festtagen.  
Verantwortlicher Redakteur:  
Friedr. Bahle, Magdeburg.  
Verlag von B. Garbaum,  
Magdeburg-Neustadt.  
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6  
Druck von E. Arnoldt,  
Magdeburg  
Fernsprech-Anschluß  
Nr. 1567, Amt I.

# Volksstimme

Pränumerando zahlbarer  
Abonnementspreis:  
Biesteljähr. inkl. Dringerlohn  
2 M. 25 Pf., monatl. 80 Pf.  
In der Expedition u. den Aus-  
gabestellen 2 M., monatl. 70 Pf.  
Bei den Postanstalten 2,50 M.  
erstl. Bestellsch.,  
Eingelne Nummern 5 Pf.  
Sonntags-Nummer 10 Pf.  
Zeitungsliste Nr. 7095.  
Inserationsgebühr 15 Pf.

## Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 285.

Magdeburg, Freitag, den 6. Dezember 1895.

6. Jahrgang.

**Parteigenossen!** Der Schlag, den das Berliner Polizeipräsidium auf Betreiben des jetzt schon gestürzten Ministers des Innern, Herrn von Köller, gegen den Parteivorstand und die Berliner Genossen geführt hat, ist Euch bekannt.

Indem das Berliner Polizeipräsidium auf Grund des § 8 des preussischen Vereins- und Versammlungsgesetzes vom 11. März 1850 den Parteivorstand als politischen Verein, der mit „anderen Vereinen gleicher Art“ zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung getreten sein soll, vorläufig schloß, hat es die Partei ihrer erwählten Leitung beraubt. Dieser Schlag, erdrossen und ausgeführt in dem Glauben, dadurch die Partei aufs Schwerste zu treffen, ist, wie so viele anderen früheren Maßregeln, gegen uns ein Schlag ins Wasser.

Die Partei hat in jahrzehnte langen Kämpfen so zahlreiche und harte Verfolgungen erfahren und hat sie alle siegreich überwunden, daß dieser neueste Streich uns nur ein Wechselzucken abzwängen kann. Verfolgt, prozessiert und zu verschiedenen Malen aufgelöst vor dem Sozialistengesetz, geächtet in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei Deutschlands geworden.

Und die vierhundertundvierunddreißig Jahre Gefängnis- und Zuchthausstrafen und die über hundertundfünfzigtausend Mark Geldstrafen, die laut unserer Parteiprotokolle der neue und neueste Kurs seit dem Fall des Sozialistengesetzes (Oktober 1890) bis zum Breslauer Parteitag (Oktober 1895) uns einbrachten, haben ebensowenig wie die früheren Verfolgungen unser siegreiches Vordringen hemmen können. Mit der Zahl und der Härte der wider uns erhobenen haltlosen Anklagen, geschleuderten Beschimpfungen und inszenierten Verfolgungen wuchs die Begeisterung und die Opferwilligkeit, stieg der Kampfesmut und die Kampfeslust in unseren Reihen und beherrschte sich immer glänzender das Solidaritätsgefühl unserer Genossen.

Keine anderen Wirkungen können auch die Verfolgungen haben, denen die Partei seit den Septembertagen dieses Jahres aufs neue und in erhöhtem Maße ausgesetzt ist und denen der Streich des Berliner Polizeipräsidiums gegen den Parteivorstand und die Berliner Parteigenossen wohl die Krone aufsetzen sollte.

Wohlan, Parteigenossen! Der Parteivorstand ist vorläufig aufgelöst, damit über-

nehmen wir, die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags, Eure erwählten Vertreter, bis auf weiteres die Leitung der Partei.

Den Vorstand unserer Fraktion, die Genossen

**Auer, Sebel, Liebknecht, Meister, Singer**  
betrauen wir mit der Leitung der politischen Geschäfte. Die Genossen

**Förster, Roemer und Molkenbahr,**  
sämtlich in Hamburg, haben wir als geschäftsführenden Ausschuss eingesetzt, um die Verwaltungsgeschäfte zu erledigen. Wir bitten demgemäß, von heute ab alle für die Partei bestimmten Geldsendungen an den Genossen

**Heinrich Roemer, Hamburg, Eppendorferweg 43, Haus 3,**  
dagegen alle Zuschriften in Agitations-, Preß-, Prozeß- und Unterstützungsangelegenheiten an den Genossen

**Hermann Förster, Hamburg, St. Georg, Viechenstraße 21,**  
zu richten. Je nach den Umständen soll die Gesamtpartei auf einem im kommenden Jahr von uns möglichst frühzeitig zu berufenden Parteitag die Gelegenheit erhalten, wieder definitive Ordnung zu schaffen.

Parteigenossen! Wir vertrauen, daß Ihr die neue Geschäftsleitung der Partei mit allen Euch zu Gebote stehenden Kräften unterstützt, indem Ihr Eure stets bewiesene Opferwilligkeit verdoppelt und Eure Thätigkeit für die Ausbreitung unserer Prinzipien vervielfacht. Zeigt, daß Schläge, woher sie immer kommen, Euch nicht zu erschüttern, noch viel weniger aber einzuschüchtern vermögen. Um mit unseren Gegnern, die über den „schweren Schlag“, der uns betroffen, jubilieren, ins Gericht zu gehen, dazu werden uns die bevorstehenden Verhandlungen des Reichstags noch besondere Gelegenheiten bieten. Da führen wir die Angriffswaffen und unseren Feinden soll nichts geschenkt werden.

Parteigenossen! Schließt fester die Reihen und arbeitet unermüdet für unsere große Sache, die siegen wird und siegen muß, weil sie für die unterdrückte und ausgebeutete, unter Sorgen und Glend schmachtende Menschheit eine glückliche Zukunft bedeutet. Schreitet ruhig, aber mutig vorwärts — immer vorwärts zu neuem Kampf, zu neuem Sieg!

### Hoch die Sozialdemokratie!

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages.

Auer, Sebel, Birk, Blos, Bod. Brühne, Dues, Dieb. v. Elm. Fischer, Förster, Frohme, Gerisch, Geher, Grillenberger, Harm, Herbert, Hofmann, Horn, Jock. Klees, Kühn, Legien, Liebknecht, Lügenau, Meister, Meppel, Möller, Molkenbahr, Reiffhaus, Schmidt (Frankfurt), Schmidt (Sachsen), Schoenlant, Schulze, Schumacher, Seifert, Singer, Stadthagen, Stolle, Tugauer, Ulrich, Vogtherr, v. Völlmar, Warm, Zubeil.\*

### Kann die sozialdemokratische Partei durch Polizeimaßregeln bekämpft werden?

Diese Frage beantwortet heute, Freitag abend, im Luisenpark Abgeordneter Albert Schmidt. Pflicht der Arbeiter und Arbeiterinnen ist es, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Kampfgenossen, agitiert von Mund zu Mund für den Besuch dieser Versammlung.

#### Politische und volkswirtschaftl. Überblick.

#### Das Vorgehen der Magdeburger Parteigenossen findet Nachahmung!

Dienstag abend tagen in Berlin 15 Volksversammlungen, welche sich mit den Polizeimaßregeln gegen die Sozialdemokraten beschäftigen werden. Die Referate haben 15 Reichstagsabgeordnete übernommen.

Die Nachricht, daß **Auer und Genossen** die Anklagezuschrift zugegangen, bestätigt sich nicht.

Von der Strafkammer in Javern wurde der im Arbeitshaus in Pfalzburg inhaftierte 28jährige Jakob Holz aus Monweiler wegen **Majestätsbeleidigung** zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Freigesprochen von der Anklage der **Majestätsbeleidigung** wurde Genosse Huth vom Landgericht Naumburg. Inkriminiert war ein Artikel der Thüringer Tribüne über das Verbot des Rauchens unter den Soldaten der Berliner Garnison. Die Erfurter Strafkammer hatte Huth seiner Zeit wegen dieses Artikels zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die vom Genossen Huth eingelegte Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache zur anderweitigen Verhandlung an das Landgericht Naumburg.

Bezeichnend für die Zustände im Innern und für die Politik des Deutschen Reiches findet es die Frankfurter Zeitung, daß die Eröffnung der Session des Reichstags mit einer Krise im preussischen Ministerium zusammenfällt. Unlängst wurden noch alle Meldungen über Differenzen im Schooße der Regierung als Verbindung bezeichnet, heute weiß man, daß der Vulkan wieder einmal umgegangen ist und ein Opfer entweder schon gefordert hat oder fordern wird. Das Ueberwältigende dabei ist, daß gerade derjenige Minister als Opfer ausersehen wurde, den man als den Träger aller der scharfen Maßregeln gegen die freie Meinungsäußerung,

die kurzweg als Septembertag bezeichnet werden, anzusehen gewohnt war. Sollte er gefallen sein, weil an entscheidender Stelle die Erkenntnis Platz gegriffen hat, daß von einem System der Schärfe kein Segen zu erwarten sei? Möglich wäre allerdings auch, daß die jüngste Maßregel gegen die Sozialdemokratie ohne Wissen des Ministers erfolgt ist und seine Zustimmung nicht gefunden hat; in solchem Falle, der allerdings nach der Vergangenheit Köllers wenig wahrscheinlich ist, wäre dem Minister allerdings nichts anderes übrig geblieben, als die Stellung der Kabinettsfrage, deren Entscheidung dann die ernste Befürchtung eines rücksichtslosen Polizeiregiments rechtfertigen würde. Man steht hier vor dem Ungewissen, aber ist nicht dieses samt dem Unerwarteten der Entschleierungen das Charakteristische der inneren Lage? Und kann man es angesichts solcher Verhältnisse dem deutschen Volke verargen, wenn es in der Erinnerung an die große Zeit, derer auch die Thronrede mit warmen Worten gedenkt, von banger Sorge um die Zukunft, um die Wohlfahrt des Reiches, beschlichen wird? Unter solchen Auspizien wird man sich nach der Zeit der Feste auf Tage neuer Kämpfe rüsten müssen; hoffen wir, daß der Reichstag als Vertretung der Nation dabei nicht verlagen, sondern sich seiner Aufgabe bewußt bleiben wird, Hüter und Schützer der errungenen Rechte zu sein.

Wegen **Beleidigung des Reichsgerichts** ist gegen den Redakteur des in Halberstadt erscheinenden freisinnigen General-Anzeigers Trappe ein Strafverfahren eingeleitet worden. In einem Artikel, der sich mit der jüngsten Reichsgerichtsentscheidung, betreffend die deutlich sichtbare Bezeichnung der von Gerichtsvollziehern gepfändeten Gegenstände, beschäftigte, wurde ein Vergehen gegen §§ 131, 135 R.-St.-G. gefunden. Die betreffende Nummer wurde beschlagnahmt.

Aus Gera wird berichtet: Der Landtag lehnte den **Antrag auf Strafverfolgung eines sozialdemokratischen Wahlflugblattes** wegen angeblicher Beleidigung des Ministers ab. Recht so!

Gegen die **polnischen Vereine** plant anscheinend der Oberpräsident von Westpreußen ein ähnliches Vorgehen, wie es in Berlin gegen die sozialdemokratischen Vereine erfolgt ist. Dem Graudenzer polnischen Blatt Gaz. Grudz. zufolge hat der Oberpräsident der Provinz Westpreußen, v. Gähler, eine Verfügung erlassen, nach der die Behörden sämtliche polnischen Volksvereine als politische Vereine anzusehen hätten.

Bis Mittwoch abend war das **Entlassungsgebet des Herrn v. Köller** nicht genehmigt; jedoch wurde der Abschluß der Angelegenheit noch Mittwoch abend erwartet. Der Rücktritt gilt jedoch als zweifellos. Die „unzugänglich überlegte Maßregel gegen die Vereinsorganisation der Sozialdemokratie“ soll nach der Nationalzeitung den

Anstoß zur Entlassung gegeben haben. Der Rücktritt soll eine Folge der Erkenntnis sein, daß . . . die Regierung an dem Platze, an welchem Herr v. Köller bisher stand, einer stärkeren Kraft bedarf. — Vielleicht eine Kraft, welche gleich die Gesamtorganisation der Sozialdemokratie aufgelöst hätte. Jedoch was nicht ist, kann werden.

Die konservative Reichstags-Fraktion hat einstimmig den Beschluß gefaßt, der Auffassung der Konservativen Korrespondenz bezüglich der **Kennzeichnung der Richtung Naumann** und Genossen beizutreten. Die Herren sind also „geächtet“. Und Herr Stöcker, das „Karnickel, das angefangen hat“?

Daß das **Zusammenwirken von Komitees** oder Ausschüssen in allen Parteien, nicht nur in der Sozialdemokratie, ganz unbefangenen stattfindet und nirgends als Verstoß gegen das Vereinsgesetz aufgefaßt wird, beweist unter anderem folgende von der Schlesischen Volkszeitung veröffentlichte Mitteilung:

Nach § 5 des Wahlorganisations-Statuts für die schlesische Centrunspartei haben die Kreis-Komitees zu der vor jeder Wahl in Breslau stattfindenden Vertrauensmänner-Versammlung Vertreter und Stellvertreter aus jedem landräulichen Kreise zu wählen und deren Namen und Adresse dem Provinzialkomitee mitzuteilen. In § 5 ist auch die Zahl dieser Vertreter bezw. Stellvertreter bestimmt. Bisher haben erst wenige Kreis-Komitees dieser Bestimmung genügt.

Deshalb ersuche ich die Kreis-Komitees ergebenst, Namen und Adresse ihrer Vertreter und Stellvertreter bis zum 1. Februar 1896 dem Schriftführer des Provinzialkomitees, Herrn Rechtsanwalt Konstantin Dr. Borisch in Breslau, Schweidnitzerstr. 51 mitzuteilen und, falls die Wahl noch nicht vorgenommen worden sein sollten, dies zunächst nachzuholen.

Breslau, den 22. November 1895

Im Auftrage des Provinzialkomitees

Der Vorsitzende Franz Graf Ballestrin.

In Preußen sind selbst gemeinschaftliche Versammlungen verschiedener politischer Vereine keine Seltenheit — natürlich ordnungsparteilicher. Auch die landwirtschaftlichen und Kriegerevereine, die sich eifrig mit Politik beschäftigen, stehen in enger Verbindung. Ungleiches Recht für alle!

Gegenüber der Veröffentlichung des Vorwärts betr. **das Schreiben des Reichseisenbahnministers an den Arbeitsminister**, worin der Erlaß neuer Vorschriften über die Meldung von Eisenbahnunfällen für die Statistik in Aussicht gestellt wird, veröffentlicht der Reichsanzeiger die neuen Vorschriften, die sich allerdings von den früheren dadurch unterscheiden, daß Meldungen über Unfälle bei Nebenbeschäftigungen und leichtere Verletzungen ausgeschlossen sind. Bezüglich der eigentlichen Betriebsunfälle: Entgleisungen, Zusammenstöße von Zügen, ist gegen früher keine Aenderung eingetreten. Sämtliche derartige, auch ohne nachteilige Folgen gebliebene Ereignisse würden, auch wie vor verzeichnet. Ausgeschlossen werden die Fälle, bei denen die besonderen Eigentümlichkeiten des Eisenbahnbetriebes nicht in Betracht kommen. Beim Erlaß der neuen

\* Die Genossen Schippel und Schmidt-Berlin befinden sich im Gefängnis, weshalb ihre Namen fehlen.

Vorschriften lag die vom Vorwärts unterschobene Absicht durchaus fern, Tatsachen, die ein ungünstiges Licht auf die Sicherheit des deutschen Eisenbahnbetriebes werfen könnten, zu vertuschen.

Die Betriebsunfälle auf den deutschen Eisenbahnen sind wesentlich höher, als sich aus den regelmäßigen Veröffentlichungen im Reichsanzeiger ergibt. In einem vertraulichen Schreiben des Reichseisenbahnministers an den preussischen Eisenbahnminister, das, wie kurz berichtet, der Vorwärts veröffentlicht, wird darauf hingewiesen, daß eine größere Anzahl von Verwaltungen in die Monatsausweise über die Betriebsunfälle bei weitem nicht alle Vorkommnisse aufnehmen, die nach den zur Zeit geltenden Vorschriften nachgewiesen werden sollten.

Dänemark.

Im Folkething wurde kürzlich das kommunale Wahlrecht der Frauen debattiert. Ein „moderater“ Abgeordneter hatte den Antrag eingebracht, daselbe allen unverheirateten Frauen mit einer Mindesteinnahme von 1000 Kronen jährlich zu gewähren.

Niederlande.

Gegen den sozialistischen Redner Douve de Vries ist in Hoogeveen Anklage erhoben worden wegen Majestätsbeleidigung. Der Angeklagte soll sich über den deutschen Kaiser beleidigend geäußert haben.

Frankreich.

Die Kammer hat gestern den Ausschuß zur Prüfung der Vorlage betr. die Ausstellung von 1900, gewählt. Die Vorlage fand wider Erwarten heftigen Widerstand.

und 5 nehmen die Vorlage nur unter gewissen Bedingungen an.

Türkei.

Infolge der von der Pforte ergriffenen Maßregeln hat sich die Situation seit mehreren Tagen wesentlich gebessert.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Inland.

\* Die Mitglieder der deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Vereine in Nürnberg ist vom Oberbürgermeister von Schuh aufgelöst, und zwar wegen Abhaltung geheimer Versammlungen und Fassen von Beschlüssen, welche gegen die Strafgesetze verstoßen.

Unternehmergewinne.

(Beiträge zur Verteilung der geschäftlichen Lage.) Unter üblichem Vorbehalt werden folgende Dividendenverteilungen für 1895 bekannt: Dortmund-Gronauer Eisenbahn 5 1/2 Prozent (1894 5 Prozent gezahlt).

Ausland. \* Am 22. v. M. ist in der Petersburger Tabak- und Cigarettenfabrik Laferme eine Arbeiterrevolte ausgebrochen, bei welcher Maschinen zerstört und eine enorme Menge von Tabak und Cigaretten, Werkzeugen und andere Gegenstände auf die Straße geworfen wurden.

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Schwurgericht.) Verhandelt wird gegen den Handelsmann Gustav Wegel zu Neustadt wegen wissentlichen Meineides. Der Angeklagte ist 1858 geboren, evangelisch, verheiratet, unbefragt.

§ Magdeburg. (Landgericht.) In nicht öffentlicher Sitzung wurden verurteilt: 1) wegen Ehebruchs der Handelsmann Wagner, hier selbst, zu 2 Monaten Gefängnis; 2) die separierte Schneiderin Neumann, geb. Pflughaupt, hier selbst, wegen Kupplei zu gleichfalls 2 Monaten Gefängnis.

Fenilleton.

Im Exil.

Roman von Georges Renard.

Autonome Uebersetzung von Marie Sauerl.

Der schöne Jules suchte die Ahjela. Er schien sich darüber zu ärgern, daß seine Cousine mit René, den sie doch nur zufällig unterwegs getroffen hatte, so intim plauderte. Von Zeit zu Zeit wandte er sich mit unwilliger Miene um.

„Kostausend! Da Ihr nicht wollt, daß ich singe!“ erwiderte Henri. „Wenn Ihr anderen doch an meiner Stelle etwas singen wölltet! Ich bin sicher, Fräulein Rosa, daß Sie alle Arten von hübschen Barcarolen singen können.“

Die Hände schlugen im Takt zusammen. „Ein doppeltes Bravo für den Dichter!“ Und in noch schnellerem Rhythmus erschollen die vier feierlichen Salven. Dann entstand eine Pause. René, dem die Sympathie, die Annette ihm so naiv und freimütig gezeigt hatte, innig wohlthat, fühlte sich weich gestimmt und wie berauscht, als wenn er den ersten lauen Hauch des Frühlingswindes einatmete.

(Fortsetzung folgt.)

zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Lambach, der zugleich Landtagsabgeordneter ist, war einer der Hauptvertreter agrarischer Forderungen.

§ Wiesbaden. (Kamischhandel.) Das Schwurgericht in Wiesbaden verhandelte gegen den Kaufmann Heinrich Binter, gebürtig in Neufandeb, und dessen Ehefrau, welche hier unter der Firma „Leipziger Partiewarengeschäft“ einen schwingvollen Kamischhandel betrieb, und, als sie in Zahlungsschwierigkeiten geriet, ihre ganze Habe befreitigt und ihre Gläubiger, insbesondere zwei Firmen in Erfurt und Reichsbach, empfindlich geschädigt haben. Sie wurden des betrügerischen Bankrotts schuldig gesprochen und unter Zustimmung mildernder Umstände der Gemann Binter zu 1 Jahr 8 Monaten, die Ehefrau zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und je 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Eine unvernünftige Handlung.

Der Eisendreher Schmidt in Nürnberg war am Marschhäuser Striße beteiligt und hatte dabei einen arbeitenden Kollegen mit Gewalt am Betreten der Fabrik zu hindern gesucht, ihn beschimpft, bedroht und mit Steinen beworfen. Gegen ein deshalb ergangenes, auf je eine Woche Gefängnis und Haft lautendes Strafmandat hatte Schmidt Einspruch erhoben. Das Schöffengericht sah in Schmidts Benehmen Nötigung und erklärte sich für unzulänglich. Die Strafkammer verurteilte Schmidt zu 6 Monaten Gefängnis und ordnete seine sofortige Verhaftung an.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 5. Dezember 1895.

Der Kerger unserer Feinde über die Opferwilligkeit unserer Parteigenossen kommt die in recht drastischer Weise zum Ausdruck. In einem antisemitischen Blatte steht zu lesen: „Unter den Oktobereinnahmen des sozialdemokratischen Parteivorstandes findet sich wieder einmal ein anonym Beitrag von 10000 Mark unter der Firma „Nordische Wasserfante“ verzeichnet. Diese „Nordische Wasserfante“ hatte nach dem offiziellen Bericht der Parteileitung im vorigen Rechnungsjahre nicht weniger als 50000 Mark beigetragen, und zwar 30000 Mark im März und 20000 Mark im August vorigen Jahres. Da die allgemeinen Einnahmen der sozialdemokratischen Parteikasse im vorigen Rechnungsjahre nur 146401 Mark betragen, so entfällt demnach mehr als ein Drittel dieser Einnahmen auf den ungenannten Spender. Man wird wohl nicht irgehen, wenn man die Firma „Nordische Wasserfante“ nicht weit von der Börse sucht.“ Die nordische Wasserfante wird es uns wohl nicht übernehmen, wenn wir dem antisemitischen Blatte verraten, daß sie etwa eine Viertelstunde von der Börse entfernt liegt.

Ein Zeichen der Zeit. Heute Vormittag mußten unsere Geschäftsräume auf kurze Zeit geschlossen werden. Bezugsparcours hatte Termin, Redakteur Bahle eine Vernehmung, Geschäftsführer Bantau ist, ihm leistet Gesellschaft der ehemalige Redakteur Baumüller. Wo ist ein bürgerliches Blatt, dem ähnliches passieren könnte?

Im Militärstatut wird für Magdeburg für ein Garnisonlazarett als erste Rate für den Entwurf 10000 Mk. gefordert.

Eine neue Postinspektorstelle ist im Postamt für Magdeburg vorgesehen.

Pestalozzi-Fest. Angesichts der 150. Wiederkehr des Geburtstages von Pestalozzi, hat sich der hiesige Pestalozzibund entschlossen, eine der Bedeutung dieses Altmeisters der Pädagogik entsprechende Feier zu veranstalten. So weit wir unterrichtet, plant auch die Sozialdemokratie eine Pestalozzi-Feier. Der Vorsitzende fand vielen Forderungen der Sozialdemokratie näher als den Forderungen des Bürgerturns.

Kenntnisnahme der Inhaber von Geschäftsfirmen. Eine Polizeiverordnung, wonach die Inhaber offener Geschäftsfirmen verpflichtet sind, ihre Namen und Nummern ausgeschrieben in einer für jedermann von der Straße aus deutlich lesbaren Schrift anzubringen, tritt mit dem 8. d. Mts. in Hannover in Kraft. Sind die Inhaber des Geschäfts ausschließlich weibliche oder minderjährige Personen, so muß dieses aus der Inschrift ebenfalls unzweideutig hervorgehen. Diese Verordnung verdient Beachtung.

Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 8. Oktober d. Js. gerügt es bei einer Zwangsvollstreckung nicht, daß die von dem Gerichtsvollzieher angelegten Siegelmarken auf der Rückseite der Möbel angebracht werden, sie müssen vielmehr äußerlich sichtbar sein, sonst ist die Pfändung unzulässig. Trotz dieser Entscheidung erkannte das Schöffengericht Magdeburg in einer Strafsache in einem ganz ähnlichen Falle, in dem der Gerichtsvollzieher die Marken auf der Rückseite der Pfandstücke angebracht hatte, auf 14 Tage Gefängnis, weil es annehm, die Marken seien auch dort äußerlich sichtbar gewesen, ferner habe der Angeklagte Kenntnis von der Pfändung gehabt und trotzdem die gepfändeten Sachen vorläufig beiseite geschafft. Der Angeklagte war nämlich von hier im Februar d. Js. verurteilt und hatte dem Gerichtsvollzieher vorher keine Mitteilung von dem Umzuge gemacht.

Diebstahl. Dem Eierhändler Lange, Hotelstraße 29, sind 2400 Mark entwendet. Der Thät verdächtig sind die Arbeitshausen Ehit und Koch verhaftet. 500 Mark sollen ihnen abgenommen sein, den Rest wollen sie irgendwo vergraben haben.

Die Thätigkeit der Feuerwehre wurde im Monat November 15 Mal bei Feuersgefahr, 2 Mal blinder Värm und 11 Mal bei anderen Gelegenheiten in Anspruch genommen. Von den Bränden waren 2 Großfeuer, 3 Mittelfeuer und 10 Kleinfeuer. Nach Stadtteilen verteilen sich die Feuer auf Altstadt: 1 Großfeuer, 1 Mittelfeuer, 5 Kleinfeuer; Wilhelmstadt: —; Friedrichstadt: —; Seeburg: 2 Kleinfeuer; Sudan: 1 Großfeuer, 2 Mittelfeuer, 1 Kleinfeuer; Neustadt: 2 Kleinfeuer. Nach der Drücktheit verteilen sich die Feuer: auf Wohn- und Anstaltsräume: 1 Mittelfeuer, 5 Kleinfeuer; Dachräume: 1 Großfeuer, 1 Kleinfeuer; Schornsteine: 2 Kleinfeuer; Herdstellen: 1 Großfeuer; Wirtschaft- und Lagerkeller: 2 Mittelfeuer, 1 Kleinfeuer; sonstige Brände: 1 Kleinfeuer. Nach der Entstehungsursache entfielen auf Fahrlässigkeit: 2 Kleinfeuer; fehlerhafte Anlagen: 2 Kleinfeuer; sonstige Ursachen: 1 Mittelfeuer, 5 Kleinfeuer; unbekannte Ursachen: 2 Großfeuer, 2 Mittelfeuer, 1 Kleinfeuer. Nach Wochentagen verteilen sich die Feuer auf Sonntag: 1 Kleinfeuer; Montag: 1 Mittelfeuer, 3 Kleinfeuer; Dienstag: 1 Großfeuer, 1 Kleinfeuer; Mittwoch: 1 Mittelfeuer, 1 Kleinfeuer; Donnerstag: 1 Mittelfeuer, 1 Kleinfeuer; Freitag: —; Sonnabend: 1 Großfeuer, 3 Kleinfeuer. Nach der Tageszeit fanden die Feuer statt: vormittags von 6—12 Uhr: 1 Großfeuer, 2 Mittelfeuer; nachmittags von 12—6 Uhr: 1 Mittelfeuer, 7 Kleinfeuer; abends von 6—10 Uhr: 3 Kleinfeuer; nachts von 10—6 Uhr: 1 Großfeuer.

Anfälle. In der hiesigen Krankenanstalt fanden Aufnahme: der Schlosser Mag P., dem in der Fabrik ein Stahlplitter in die rechte Hand gedrungen war, wodurch er sich eine Schnittwunde zugezogen hatte, und der Glasergesse Heintz W., der sich an einer Glascheibe die Hand aufgeschnitten hatte.

Stadtvorordnete beteiligten sich an Lieferungen für die Gemeinde.

Aus Kreuznach wird berichtet: In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung stand ein von 15 Mitgliedern unterzeichneten Antrag zur Beratung, wonach den Stadtverordneten das Recht, sich bei Lieferungen und Arbeiten für die Stadt zu beteiligen, entzogen und den städtischen Beamten unterlagt werden soll, ein Neben-

geschäft zu führen. Der erste Teil des Antrags war dadurch veranlaßt worden, daß in der vorigen Sitzung ein Mitglied seine Fabrikate angeboten hatte. Der Vorschlag, durch eine Kommission Erhebungen darüber anstellen zu lassen, was in den letzten 10 Jahren Stadtverordnete an die Stadt geliefert haben, wurde nach einer erregten Debatte abgelehnt und die Sache an die Finanzkommission verwiesen. Dieses Vorgehen verdient Nachsicht.

Calbe. (Ein fremder Topfbinde.) Auf dem Wege zwischen Bahnhof Calbe und dem Dorfe Lornitz war am Sonnabend ein des Weges ziehender fremder Topfbinde tot aufgefunden; er wurde gefressen wie beschützt — verlassen von Menschen, die ihn lieben könnten. (Neue Entdeckungen.) In der Nacht zum 2. Dezember verlor plötzlich nach einer kurz vorhergehenden Erbschütterung in der Sophienstraße ein Stück Straßenland. An dieser Stelle bildete sich sofort ein tiefer, schräg verlaufender, trichterförmiger Schlund. Auch Luthers Sterbehause, das bisher vor Erschütterungen verschont blieb, und auch außerhalb des eigentlichen Senlungsgebietes liegt, zeigt seit kurzem zum Teil erhebliche Risse, die bei dem historischen Gebäude aus-

Erfurt. (Falschmünzer.) Dienstag abend wurde in einer hiesigen Dekkation ein Schloßergeselle verhaftet, welcher beim Einkauf von Spirituosen ein gefälschtes Zweimarkstück in Zahlung gab. Bei einer sofort vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde in einer Kiste verdeckt sämtliche zum Selbstopf erforderlichen Utensilien beschlagnahmt. Gypsformen mit verschiedenen Prägungen von Zweimarkstücken und Thalern fanden sich ebenfalls vor.

Schneebeck. (Die Beamten beleidigt.) Der Zimmergeselle Scher lagte sich, ohne Erlaubnis zu haben, am 12. August d. J. in einem der Saime gehörigen Raht. Einen Beamten, der ihn aufforderte, mit dem Raht aus dem Saime zu kommen, beleidigte und bedrohte er, leistete auch dem Gebot nicht Folge. Der Gerichtshof erkannte auf einen Monat Gefängnis.

Sittlichkeitsverbrechen.

Ein gemeines Verbrechen ist am Sonnabend an dem fünfjährigen Knaben Reinhold B. in der Alten Jacobsstraße 64a in Berlin verübt worden. Beim Eintritt der Dunkelheit, kurz bevor das Hausgas angezündet wurde, ging auf einem der Höfe des Grundstücks ein Mann umher und lockte durch das Versprechen, daß es 50 Pf. erhalten solle, wenn es ihm ein Paket trage, ein kleines Mädchen an. Dieses ging jedoch auf das Anerbieten nicht ein. Man machte sich der Mann an den kleinen B. heran und verübte mit ihm auf dem Hausflur ein schandliches Verbrechen. Der Verbrecher entkam.

Baugen. (Drei Arbeitsfrauen getötet.) In der zum grünl. Schallischen Fildelomisch gehörigen Sandgrube in Gauffig wurden am Sonnabend nachmittag gegen 1/3 Uhr durch hereinbrechende Sandmassen drei Arbeitsfrauen verdrückt. Eine vierte Frau, die seitwärts vom Wagen und der Knecht, der auf dem Wagen stand, konnten sich retten. Es gelang erst nach längerer Zeit, die Verunglückten zu bergen. Sie waren alle drei tot.

Wollenstein. (Ihr Kind getötet.) Ein kaum 16jähriges Fabrikmädchen tölte unmittelbar nach der Geburt ihr Kind durch Hammerschläge auf den Kopf und schnitt hierauf dem leblosen Beien noch die Kehle durch. Die Leiche wurde von Benen, die durch das Schreien des Kindes aufmerksam geworden waren, unter einem Haufen Hobelspanne entdeckt.

Oedenburg. (Folgen der Antisemitengege.) In Festö. Szent-Mikla wurden Juden infiziert, deren Volkstümche gekürrt, Lische und sonstige Geräte demolirt.

Militärische Nachrichten.

Selbstmord eines Soldaten. In der Nacht vom 29. November ließ sich in Mainz der Kanonier Weisbach von der 1. Batterie des Nassauischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 27 auf der Linie Mainz-Bingen von dem um 12 Uhr 20 Minuten den Bahnhof verlassenden Personenzug überfahren. Quer über den Schienen liegend, schnitten ihm die Räder der Lokomotive den Kopf durch und ein Bein ab. Der vorher von Köln einlaufende Güterzug hatte den Lebensmüden vom Bahndamm hinabgeschleudert. Weisbach ist der Sohn wohlhabender Eltern, die in Roda wohnen. Was den jungen Mann zum Selbstmord getrieben, ist noch nicht genau ermittelt.

Parlamentarische Nachrichten.

-m- Berlin, den 4. Dezember 1895.

Der Reichstag wählte sich heute sein Präsidium. Zum Präsidenten wurde Freiherr v. Buol, zum ersten Vizepräsidenten Abg. Schmidt (Elberfeld), zum zweiten Vizepräsidenten Abg. Spahn gewählt. Die Nationalliberalen erlaubten sich einen Scherz — sie gaben weiße Zettel ab; die Herren können die Schlappe nicht vergessen, die sie sich am Tage der Bismarckhuldigung geholt haben. Auf Antrag des Abg. Kardorff wurden die Schriftführer per Acclamation gewählt. Nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen vertagte der Präsident die Sitzung auf Montag. Auf der Tagesordnung steht der Etat. Seitens unserer Fraktion redet Bebel, in zweiter Linie Liebknecht. — Eingegangen ist der Gesetzentwurf betreffend die Handwerkerkammern.

2. Sitzung Mittwoch, 4. Dezember, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: von Bötticher. Das Haus ist gut besetzt. Eingegangen ist der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Errichtung von Handwerkerkammern.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Renwahl des Präsidiums, die durch Abgabe von Zetteln stattfindet. Bei der Wahl des Präsidenten werden 293 Zettel abgegeben. Davon ist ein Zettel unzulässig und 58 sind unbeschrieben. Von den übrigen 234 Zetteln lauten 229 auf den bisherigen Präsidenten Freiherr v. Buol (Cir.), der somit gewählt ist und mit folgenden Worten annimmt: „Ich erachte es als eine Ehrenpflicht, Ihrem Rufe zu folgen. Das Ergebnis der Wahl wird mir ein Sporn sein, alle Kräfte aufzubieten, um meiner Aufgabe nach allen Richtungen hin gerecht zu werden. Ich bitte um Ihre fernere Nachsicht und Unterstützung.“ (Lebhafter Beifall.) Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten werden 290 Zettel abgegeben, darunter sind 107 unbeschrieben, und einer ist unzulässig. 189 entfallen auf den bisherigen ersten Vizepräsidenten Abg. Schmidt-Elberfeld, 13 sind zerstückelt.

Abg. Schmidt-Elberfeld (Frei. Sp.): Ich nehme die Wahl dankend an. Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten werden insgesamt 270 Stimmzettel abgegeben, wovon 96 Zettel unbeschrieben sind. Auf den Abg. Spahn (Cir.) entfallen 170 Stimmen.

Abg. Spahn (Cir.): Ich nehme die auf mich gefallene Wahl dankend an. Zu Schriftführern werden auf Antrag des Abg. v. Kardorff durch Zuruf die Abgg. Braun (Cir.), Segelstki (Pole), Dr. Bernses (Frei.)

Wolksp.), Krebs (Cir.), Dr. Kropatschek (Konf.), Merbach (Rpt.), von Normann (Konf.) und Dr. Bleschel (natl.), zu Quästoren die Abgg. von Kintelen (Cir.) und Blaud (natl.) gewählt.

Bevor in die Beratung des Antrages Zimmermann, betreffend Einpstellung des gegen den Abg. Werner schwebenden Strafverfahrens eingetreten wird, beantragt

Abg. Singer (Soz.) auch einen von der sozialdemokratischen Partei eingebrachten, aber noch nicht auf der Tagesordnung stehenden Antrag auf Einpstellung eines gegen den Abg. Stadthagen schwebenden Strafverfahrens auf die Tagesordnung zu setzen. Der Termin sei bereits zu Donnerstag früh anberaunt.

Das Haus stimmt diesem Vorschlag zu. Die Anträge Zimmermann und Singer werden ohne Debatte angenommen.

Am Schluß der Sitzung verkündet der Präsident, daß mehrere Urteilsgegenstände eingegangen sind, u. a. ein des Abg. Schwarz auf 10 Wochen wegen einer „unaussprechbaren Meise ins Ausland.“ (Stärkliche Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Nat.) Schluß 4 Uhr.

Die Sozialdemokraten haben den schleunigen Antrag eingebracht, den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß das gegen den Abgeordneten Liebknecht beim Landgericht Breslau wegen Majestätsbeleidigung schwebende Strafverfahren für die Dauer der gegenwärtigen Session eingestellt werde. Das Verfahren gegen Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung befindet sich bekanntlich in der Revisionssinstanz vor dem Reichsgericht. Auf den Antrag findet Art. 31 der Reichsverfassung, Abs. 3, Anwendung: „Auf Verlangen des Reichstags ist jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungsober Civilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages konstituierte sich Mittwoch nach Schluß der Plenarsitzung. Der Fraktionsvorstand besteht aus fünf Mitgliedern und wurden die Genossen Kuer, Bebel, Liebknecht, Meißner und Singer gewählt. In den Senorenkonvent wurde als Vertreter der Fraktion Singer delegiert. Die Rändigen Kommissionen werden mit folgenden Mitgliedern besetzt werden. Die Beileitung der Kommissionsfrage geschieht nach der Stärke der Fraktionen. In die Geschäftsordnungs-Kommission tritt Singer, der nach Abmachung des Senorenkonvents den Vorsitz in der Kommission erhält. In die Budgetkommission sind Bebel, Meißner und Singer gewählt. In die Kommission der Petitionskommission sind Förster (Neuß), Tugauer und Böttcher ernannt. In die Wahlprüfungskommission treten Kuer und Böttcher, und der Kommission für die Prüfung der Rechnungen sind Blos und Wurra zugeteilt. Zur Feststellung der im Reichstage einzubringenden Faktivanträge ist eine Fraktions-sitzung auf nächsten Montag, abends 7 Uhr, angesetzt. Als sofort einzubringen wurden neben anderen wirtschaftlichen Anträgen vorläufig festgesetzt:

Antrag, betreffend die Einführung eines Reichsvereins- und Versammlungs-gesetzes,

Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Einzelstaaten,

Antrag auf Aufhebung des Diktatur-Paragrapphen in Elsaß, Lothringen, sowie ein Antrag auf Aufhebung der Majestätsbeleidigungs-Paragrapphen des Strafgesetzbuchs.

Weiter wurden die Fraktionsredner für erste Beratungsgegenstände des Plenums bestimmt. Bei der Beratung des Etats werden Bebel und Liebknecht, zum Reformgesetz Singer und Schoenlant namens der Fraktion sprechen.

Fünf Reichstagsmandate sind erledigt. Am 4. Dezember fand zunächst die Stichwahl in Herford-Stadt statt. Am 13. Dezember folgt die Ersatzwahl in Blauen-Ebingen, die infolge der Ernennung des Abgeordneten Grober zum Landgerichtsrat notwendig geworden ist. Endlich haben am 9. Januar die beiden Wahlen in Metz und Volchen-Diebenhofen und am 13. Januar die Wahl in Aln für den verstorbenen Abgeordneten Greiß stattzufinden. — Die Sozialdemokraten stellen als Kandidaten zur Reichstagswahl in Metz den Redakteur Jean Martin von Wülhausen auf.

Nach dem offiziellen Fraktionsverzeichnis zählen im Reichstage die Deutsch-Konservativen 60, die Reichspartei 28, die Deutsch-Soziale Reformpartei 14, das Centrum 98, die Polen 19, die Nationalliberalen 49, die Freisinnige Vereinigung 15, die Deutsch-Freisinnige Volkspartei 24, die Deutsche Volkspartei 12, die Sozialdemokraten 47 Mitglieder. Bei keiner Fraktion sind 26 Mitglieder. Erledigt sind 5 Mandate.

Der dem Reichstage zugegangene Etat für 1896/97 balanciert in Ausgaben und Einnahmen mit 1 259 221 983 Mark, nämlich: Fortdauernde Ausgaben 1 136 389 624 Mark, Einmalige Ausgaben des Ordentlichen Etats 93 481 438 Mark, Einmalige Ausgaben des Außerordentlichen Etats 29 350 921 Mark. Diese Zahlen weisen gegenüber den bisherigen Veröffentlichungen über den Etatsentwurf ein Minus von 700 000 Mark auf, das hauptsächlich bei Feststellung der Einmaligen Ausgaben der Reichseisenbahnen durch den Bundesrat erfolgt ist.

Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ des Reichstags hat am Dienstag abend den Antrag Sanitz, betreffend das Getreideeinfuhrmonopol, beraten und nach längerer Debatte mit den Anträgen Kardorff (für die Dauer der Handelsverträge), Arnim (das Verbot der Ausfuhr von Getreide- und Mühlenfabrikaten aufzuheben), Wirbach u. a. (nach dem durchschnittlichen Getreideertrage seit dem 1. April 1892) einstimmig angenommen.

Dem Senorenkonvent des Reichstages wurde heute das Bürgerliche Gesetzbuch mitgeteilt. Es geht dem Reichstage im Januar n. J. zu. Von den Fraktionen werden bereits jetzt die Referenten ernannt, denen das bezügliche Material noch vor Weihnachten zugehen soll.

Nach der dem Reichstage zugegangenen Denkschrift sind seit der letzten, bis Ende Oktober 1894 reichenden Uebersicht bis Ende Oktober 1895 9 953 000 Mark 3 1/2 prozentige Obligationen zu einem Durchschnittskurs von 104,4616 und 4 553 600 Mark 3 prozentige Obligationen neu begeben worden. Insgesamt umfaßt nunmehr die Obligationenschuld des Reiches 450 Millionen Mark 4 prozentige, 790 Millionen 3 1/2 prozentige und 854 553 600 Mark 3 prozentige Obligationen. Die Obligationenschuld des Reiches beläuft sich also insgesamt auf 2 094 553 600 Mark. Die Anleihekredite für die Reichsverwaltung beliefen sich mit Einschluß aller Vorjahre bis Ende Oktober 1895 auf 2 115 566 265 Mark. Da durch die Begebung von Obligationen zum Nennwert von 2 094 553 600 Mark im ganzen nur 1 975 704 487 Mark Anleihekredite befriedigt worden sind, so besitzt gegenwärtig die Regierung noch Anleihekredite in Höhe von 149 861 778 Mark, wozu noch der Anleihekredit im Reichshaushalts-etat für 1896/97 kommen wird.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Eine Anzahl weiterer schleuniger Anträge auf Einstellung des Strafverfahrens sind im Reichstage eingebracht worden...

Litteratur.

Charles Darwin. Eine populäre Darstellung seines Lebens und seiner Lehre von Harald Höfving, Professor an der Universität Kopenhagen.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Die Holzarbeiter (Tischler, Drechsler, Stellmacher, Zimmerer, Korbmacher, Knochmacher, Schiffbauer, Pantoffelmacher, Büchsenmacher, Remmacher, alle auf Holzplätzen und an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen) Magdeburgs und Umgegend...

Freie Turnerschaft Wilhelmstadt. Jeden Dienstag und Freitag Übungsfunde in „Grass Garten“.

Eine Anzahl Einsendungen mußte zurückgestellt werden; sie werden in nächster Nummer erledigt.

Wasserstände.

Table with columns for location (Ausg., Dresden, Torgau, Wittenberg, Köpeln, Barby, Magdeburg, Tangermünde, Wittenberge, Dömitz, Regal, Lanenburg), date, and water level (Elbe, Fuß, etc.).

Total-Ausverkauf wegen vollständiger Aufgabe des Geschäfts. Meyerhof & Löwenberg. Der Verkauf beginnt morgens 9 Uhr.

Geschäfts-Eröffnung. Schmidtstraße 15. Germania-Drogerie Markowski & Rinke. Drogen-, Farben- u. Kolonialwarenhandlung.

Der deutsche Metallarbeiter-Verein (Filiale Neue Neustadt) hält am Sonnabend, den 7. Dezember, im „Weißen Hirsch“ eine Versammlung.

Berl-Tabak kann jeder betragen und bildet in Körze die schwächste Natur zum Räucher 1857. Otto Hintze Cigarren-Import.

Ein Klavierspieler gesucht. Näheres in der Expedition dieses Blattes. Homöopathie! Visser, homöopath. Prakt.

Herren- und Knaben-Winter-Paletots, Anzüge, Jacketts, Hosen. B. Wolff, Katharinenstr. 4.

Wilhelm-Theater. Freitag, den 6. Dezember. Der Obersteiger. Stadt-Theater. Freitag, den 6. Dezember 1895.

Schweineauschlachten bei W. Herzog, Kartäuserstraße 25.

Ständesamt. Magdeburg, den 3. Dezember. Aufgebote: Arb. Gustav Friedrich Koch in Bismarck mit Anna Dorothea...

Karl Eisner, Friedrichs- u. Luisenstr.-Ecke. Verkauf der Waren aus der Gebrüder Zweig'schen Konkursmasse und anderer Waren. Sudenburg, Breiteweg 117.

Gleich-Offerte! Pa. Mecklenburger Kalbfleisch a 35 40 45 50 Rind- und Schweinefleisch a 20 25 Frische Wurst und Gehacktes a 70 80 Irmers Nachf. E. Gleue.

Ständesamt. Aufgebote: Arb. Gustav Friedrich Koch in Bismarck mit Anna Dorothea...

Brot! B. Hienzsch Klosterbergstr. 13. Namenbrot, 7 Stück für 3 Mark, auch einzeln. Stempelbrot, a Stück 50 Pfennig, ein 7 Stück 3 Mark.

Ständesamt. Aufgebote: Arb. Gustav Friedrich Koch in Bismarck mit Anna Dorothea...

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Filialen Wilhelmstadt und Magdeburg. Sonntag, den 8. Dezbr., um 3 Uhr, in Grass Garten, Särzstr. 1. Versammlung.

Albert Vater Kalporteur der Volkstimme. Buckau. Selbststraße 61, 1. u. 2. parterre. empfangt sich zur Bezeichnung aller sozialdemokratischer Druckdristen.

Ständesamt. Aufgebote: Arb. Gustav Friedrich Koch in Bismarck mit Anna Dorothea...

Verein der Handelshilfsarbeiter als: Rafter, Antischer, Hausdiener und verwandte Berufsgruppen. Sonnabend, den 7. Dezember, abends 9 Uhr im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 38.

1. Th. Bureau-Vorsteher Paul Dankert mit Anna Hentschel hier. Sterbemann Andr. Friedrich Wilsch. Balzer mit Friederike Wilhelmine Lade in Derben. Heirat: Arb. Edm. Linneemann gen. Riesmeyer mit Wwe. Friederike Martens geb. Dölge hier.